Flugschriften des Bundes Neues Vaterland Nr. 14

DER ZUSAMMENBRUCH DER DEUTSCHEN POLENPOLITIK

VON

HELLMUT V. GERLACH

4. u. 5. Tausend

Verlag Neues Vaterland, E. Berger & Co.
Berlin W 62

Wenn man über den Zusammenbruch der deutschen Polenpolitik sprechen will, würde es verkehrt sein, nur auf die Ereignisse nach der Revolution einzugehen. Die sind zum großen Teil gar nicht verständlich, wenn man nicht die Vorgeschichte der deutsch-polnischen Beziehungen kurz vor seinem Auge vorübergleiten läßt; und ich darf wohl voraussetzen, daß die meisten Deutschen darüber nicht sehr gründlich unterrichtet sind oder, wenn sie es sind, dann ausschließlich aus deutschen Quellen, nicht aus polnischen. Man wird aber zugeben müssen, daß es immer ein einseitiges Bild gibt, wenn man nur den Ankläger, nur die eine Partei hört, aber nicht die andere, den Angeklagten.

Das, was wir jetzt erlebt haben, was ich den Zusammenbruch der deutschen Polenpolitik genannt habe, hat seine tiefste Wurzel in Ereignissen, die schon 150 Jahre zurückliegen, nämlich in den drei Teilungen Polens, die 1772 begannen. Die Grundlage der deutsch-polnischen Beziehungen ist ein Gewaltakt, der von drei Großmächten Polen gegenüber vorgenommen wurde. Es ist uns in der Geschichtsstunde beigebracht worden, daß Polen deswegen aufgeteilt wurde, weil es sich unfähig erwiesen habe, eine staatliche Existenz zu führen. Nun ist richtig, daß in den Zeiten des 17. und 18. Jahrhunderts es in Polen manchmal etwas wüst zugegangen ist. Dies Schicksal hat Polen damals mit vielen anderen Ländern Europas geteilt, die nicht aufgeteilt worden sind. Die Polen hatten — darin unterschieden sie sich von den anderen Staaten des europäischen Kontinents — eine verhältnismäßig freiheitliche Verfassung, jedenfalls eine Verfassung, im Gegensatz zu allen anderen Ländern des Kontinents, die keine hatten, sondern die lediglich von absoluten Herrschern regiert wurden. England hatte seine alte Verfassung, und Polen die seine. Es war eine Republik mit einem König an der Spitze, keine Erb-, sondern eine Wahlmonarchie. Wenn der König tot war, mußte ein neuer gewählt werden, dem

Bonn
A85-142

Univ.-
Bibliothek
Münster
i. W.

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1919 by Verlag Neues Vaterland, E. Berger & Co., Berlin W 62

man seine Bedingungen stellen konnte. Polen hatte einen Reichstag, und dieser hatte sogar ein Recht, das zum großen Teil schuld war an den Uebelständen in Polen, nämlich das sogenannte liberum veto, das freie Einspruchsrecht: wenn eine Minderheit, auf dem Papier sogar eine einzige Persönlichkeit, auf dem Reichstag Widerspruch erhob, konnte ein Beschluß nicht zustande kommen. Man kann sich denken, wie diese Verfassungsbestimmung übelwollenden Nachbarn Gelegenheit gab, durch Bestechung einzelner Abgeordneter die ganze polnische Staatsmaschine zum Stillstand zu bringen. Es waren daher schon lange Bestrebungen im Gange, dieses liberum veto abzuschaffen und eine Verfassung mit strafferer politischer Gestaltung einzuführen. Als das die Nachbarn merkten, vereinbarten sich Rußland und Preußen 1719 und erklärten sich zu Schutzmächten für die Erhaltung der bisherigen polnischen Verfassung — natürlich nicht aus Liebe zu Polen, sondern um Polen möglichst in seiner Ohnmacht zu erhalten. Es haben dann die polnischen Bestrebungen, die Verfassung zu verbessern, weiter angedauert, aber diese Bestrebungen sind hintan gehalten worden von den drei Mächten, die später die Teilung vornahmen. Die historische Gerechtigkeit gebietet, zu sagen, daß Rußland bei der Unterdrückung Polens der Führer war; Preußen war leider ein recht gelehriger Schüler, und die Oesterreicher — machten mit. Die drei Mächte vereinigten sich, als Ende der sechziger Jahre des 18. Jahrhunderts die Polen einen abermaligen Versuch machten, sich eine bessere Verfassung zu geben, im Jahre 1772 dazu, Polen zu teilen.

Diese erste Teilung Polens überlieferte jeder der drei Mächte ein gutes Stück davon. Sie führte aber auch eine starke nationale Bewegung bei den Polen herbei, die nun sahen, wohin es kam, wenn sie sich selbst zur Ohnmacht verurteilten, wie ihr Land dabei zerfetzt wurde. Eine politische Renaissance bahnte sich an. Die Nachbarn nahmen in verschiedener Weise dazu Stellung. Preußen, das damals von Friedrich Wilhelm II. regiert wurde, schloß 1790 mit Polen einen feierlichen Vertrag, einen Bündnis-Vertrag, worin sich beide verpflichteten, „einander gegen jeden Angreifer bewaffnete Hilfe zu leisten". Im Jahre 1791 proklamierten die Polen eine sehr verständige Verfassung mit der Aufhebung des liberum veto, mit der Verleihung von Rechten an das Bürgertum, mit der Befreiung der Bauern, mit einer Toleranz-Erklärung für die verschiedenen religiösen Gemeinschaften usw. Als Preußen von dieser neuen Verfassung Kenntnis bekam, kriegte der König einen furchtbaren

Schrecken. Er führte die polnische Verfassung auf jakobinische Einflüsse aus der Französischen Revolution zurück und verbündete sich mit Rußland, um nun Polens Unabhängigkeit den Garaus zu machen. Also 1790 Bündnis von Preußen und Polen; 1791 fortschrittliche Verfassung in Polen; 1793 zweite Teilung Polens! Es war ein glatter Wortbruch des preußischen Königs. Auch an ihn dachte Scheidemann, als er einst in einer Reichstagsrede, die so ungeheure Entrüstung hervorrief, erklärte, daß „der Wortbruch zu den erhabensten Traditionen des preußischen Königshauses gehöre". Bei dieser nur durch die Treulosigkeit Preußens ermöglichten zweiten Teilung Polens kamen übrigens Danzig und Thorn zu Preußen.

Man kann sich denken, wie das auf die Polen wirken mußte, als Preußen ihnen in den Rücken fiel und unter schnöder Zerreißung des eben geschlossenen Bündnis-Vertrages das Land weiter verstümmeln half. Die Polen erheben sich, der Aufstand wird niedergeschlagen, und 1795 findet die dritte Teilung Polens statt, mit der die Staatlichkeit Polens ihr Ende nahm. Finis Poloniae!

Polen ist also nicht geteilt worden, weil es unfähig war, sein Staatswesen selbst in Ordnung zu erhalten, sondern weil es drei mächtige Nachbarn hatte, die nach dem Grundsatz handelten: ich bin groß und du bist klein. Gewaltakte haben den Grund gelegt zu den preußisch-polnischen, später deutsch-polnischen Beziehungen. Es ist erklärlich, daß im polnischen Volke ein tiefer, tiefer Groll lebte gegen die Mächte, die ihm sein staatliches Dasein gekostet haben.

Zu Napoleons Zeit hofften die Polen auf den Wiedergewinn ihrer Selbständigkeit; seine Niederlage vereitelte diese Hoffnung. Der Wiener Friede von 1815 teilte Polen wieder in drei Teile, aber immerhin wurden für die Polen, da sie als Nation anerkannt waren, bestimmte Sicherungen geschaffen. Es wurde den Polen „der Gebrauch ihrer Muttersprache im öffentlichen Leben neben der deutschen garantiert", und Friedrich Wilhelm III. erließ an seine polnischen Untertanen am 15. Mai 1815 ein Patent, in dem er erklärte:

„Eure Sprache wird bei allen öffentlichen Funktionen angewendet werden, und jeder von euch wird nach Maßgabe seiner Fähigkeiten zu allen öffentlichen Aemtern Zutritt haben."

Mehr kann man eigentlich nicht verlangen. Wir werden später sehen, was aus diesem zweiten Hohenzollern-Versprechen geworden ist.

In den Jahrzehnten nach dem Wiener Frieden sind die Polen in Preußen mal gut und mal weniger gut behandelt worden; im allgemeinen wurden die Bestimmungen von 1815 innegehalten. Dann kam nach 1870 der Kulturkampf Bismarcks, der den Zweck hatte, der katholischen Kirche mit den Machtmitteln des Staates bestimmte Fesseln anzulegen. Er übte besonders auf die Polen als treue Kinder ihrer Kirche eine schlimme Wirkung aus. Sie empfanden es als besonders schmerzlich und aufreizend, daß Hunderte von polnisch-katholischen Geistlichen, der Erzbischof Ledochowski an der Spitze, in die Gefängnisse geworfen wurden, weil sie antikirchlichen Staatsgesetzen sich nicht fügen wollten, weil sie auf dem Bibelwort standen, man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen. Bei Bismarck entstand darüber großer Aerger, und bei den Polen wurde das Nationalgefühl, das Gefühl der Zusammengehörigkeit, dadurch ganz besonders geweckt und gestärkt. Als Bismarck sah, daß die Polen zur Abwehr entschlossen waren, entschloß er sich, nachdem er den Kulturkampf abgebrochen hatte, speziell gegen die Polen eine Ausnahme-Gesetzgebung in die Wege zu leiten.

Im Jahre 1886 wurde die Ansiedelungs-Kommission eingesetzt und mit gewaltigen staatlichen Mitteln ausgestattet. Sie hatte den Zweck, die Polen auszukaufen, polnische Güter mit Steuermitteln, die also die Polen selbst mit aufbringen mußten, in deutsches Eigentum überzuführen. Der Zweck war, die Polen möglichst landlos zu machen und dafür Deutsche nach der Ostmark zu bringen. Das war die Absicht des Gesetzes. Seine Wirkung aber war ganz entgegengesetzt. Eine Anzahl verschuldete polnische Grundbesitzer verkauften ihre Güter an den Staat und bekamen sie gut bezahlt. Der Ansiedlungsfonds betrug zuerst 100 Millionen, dann 200 Millionen, schließlich fast eine halbe Milliarde. Die Tatsache, daß der Fiskus als Käufer mit so reichen Mitteln auf dem Gütermarkt erschien, trieb die Preise sprunghaft in die Höhe. Polnische halbbankerotte Grundbesitzer konnten sich sanieren und legten ihr Geld vielfach in der Weise an, daß sie deutsche Güter kauften.

Die Polen gründeten ihrerseits mit Privatmitteln Landbanken und betrieben eine systematische Ansiedlungspolitik. Per saldo nahm der polnische Grundbesitz mehr zu als der deutsche!

Da sagte sich die preußische Regierung: dann müssen wir eben einen neuen Weg einschlagen, und es erging die Ansiedlungs-

novelle von 1904 über den Bau von Häusern und Wohnstätten auf Grundbesitz. Bis dahin hatte jeder bauen können, wenn er eine baupolizeiliche Erlaubnis hatte. Jetzt bestimmte das Gesetz, daß der Bau eines Wohnhauses außerhalb der bisherigen Ansiedlung nur auf Grund einer Erlaubnis des Bezirksausschusses erfolgen dürfe. Diese allgemeine Bestimmung wurde durch eine besondere, völlig gegen die Polen gerichtete Bestimmung verschärft: in Posen und Westpreußen darf der Bezirksausschuß die Genehmigung verweigern, falls der Antragsteller nicht imstande ist, ein Zeugnis des Regierungspräsidenten vorzulegen, wonach die neue Ansiedlung den Zielen des Ansiedlungsgesetzes nicht zuwiderläuft. Mit anderen Worten: ein Pole kriegte grundsätzlich keine Erlaubnis zu bauen. Es pflegte eine Fülle von Polen aus dem Westen in die Heimat zurückzukehren, um sich dort ansässig zu machen. Seit lange waren sie gewöhnt, nach dem Westen in die Bergwerke zu gehen, dort zu arbeiten und nachher mit dem ersparten Gelde in die Heimat zu ziehen, um ein Grundstück zu kaufen und den Rest ihrer Tage dort zu verbringen. Dazu sagte nun die preußische Behörde: quod non! Die Bauerlaubnis kriegt ihr nicht! Es kam der berühmte Fall des Bauern Drzymala, der sich auf sein Grundstück eine Art Zigeunerwagen gestellt hatte, um ihn mit seiner Familie zu bewohnen. Die Behörde erklärte: der Mann hat eine Wohnstätte errichtet, das darf er nicht, denn er kann die gesetzlich vorgeschriebene Erlaubnis nicht aufweisen, er muß mitsamt seinem Wohnwagen abziehen! Der Vertrieb einer Ansichtskarte mit dem Wohnwagen Drzymalas hat ungemein dazu beigetragen, auch in der bis dahin noch nicht besonders national erregten polnischen Bevölkerung nationales Bewußtsein zu erwecken.

Das Bautengesetz bestand, aber es genügte immer noch nicht. Es kam ein neues Gesetz, das Enteignungs-Gesetz von 1908. Man weiß, was für einen Respekt der Preußische Landtag und besonders das Preußische Herrenhaus vor der „Heiligkeit des Eigentums" hatten. Aber wenn es sich darum handelte, gegen die Polen vorzugehen, dann wurde diese Heiligkeit und der Respekt vor ihr in den Silberschrank gestellt. Man ging darüber zur Tagesordnung über. Das Gesetz, das der Regierung die Berechtigung zur Enteignung polnischen Besitzes gab, ist in der Praxis nur selten angewendet worden, aber über den Polen schwebte ständig das Damoklesschwert dieses Gesetzes. Es ist ein Ausnahmegesetz, so schlimm, wie es selbst Rußland den Polen gegenüber nie eingeführt hat. Aber natürlich mußte auch dieses Gesetz versagen. Kurz vor

Ausbruch des Krieges war man gerade dabei, ein neues Ausnahmegesetz zu machen, das auch den Ankauf von Land den Polen unmöglich machen sollte. Infolge des Kriegsbeginns ist dieser Gesetzentwurf nicht mehr zur Verabschiedung gekommen.

Soweit die Ausnahmegesetze gegen die Polen, insofern sie sich auf Grund und Boden beziehen. Aber es ist auch sonst eine Fülle von Ausnahmegesetzen gegen die Polen erlassen worden. Im Wiener Frieden von 1815 war den Polen der Gebrauch ihrer Muttersprache „im öffentlichen Leben", also selbstverständlich auch in der Schule, zugesichert worden. Aber das Wiener Protokoll erwies sich als ein Fetzen Papier. Jene Bestimmungen wurden abgeschafft und zwangsweise an Stelle des polnischen der deutsche Unterricht eingeführt, auch in rein polnischen Bezirken, und auch für den Religionsunterricht, was dieses gläubige Volk ganz besonders hart traf. Es fand der berühmte Schülerstreik von 1906 statt, ein Massenprotest gegen diese unerhörte Vergewaltigung. Fast ein halbes Jahr lang ging mehr als die Hälfte der polnischen Kinder nicht in die Schule. Die schärfsten Strafen wurden gegen die Eltern verhängt. Man ging soweit, die älteren Brüder und Schwestern, die auf höheren Schulen waren, auf die sich der Streik nicht erstreckte, von den Anstalten wegzujagen, um sie für die Sünden jüngerer streikender Geschwister auf den Volksschulen zu strafen. Es kam vor, daß Personen, die privatim polnischen Sprachunterricht erteilten, deswegen eingesperrt wurden.

Der Kampf gegen die polnische Sprache wurde auf der ganzen Linie mit äußerster Heftigkeit aufgenommen. Den Eisenbahnern wurde verboten, polnische Zeitungen zu halten. Die polnischen Ortsnamen wurden großenteils germanisiert; so wurde die Stadt Inowrazlaw, obwohl ganz überwiegend von polnischen Einwohnern bevölkert, in Hohensalza umgetauft — übrigens einer der Anlässe zur Erzeugung einer gewissen antisemitischen Stimmung bei den Polen, weil es gerade der jüdische Stadtverordnete Schwersenz war, der den Anstoß dazu gegeben hat. In der schikanösesten Weise wurden die Bestimmungen über die Ortsnamen gehandhabt. Kamen Briefe mit der alten polnischen Aufschrift an, so wurden sie nicht bestellt, sondern nach dem Uebersetzungsamt in Posen geschickt, um dort erst mal gründlich abzulagern; dann wurden sie allmählich nach Uebersetzung des Ortsnamens den Adressaten zugestellt. Man wollte eben schikanieren. Allgemein bekannt ist

ja das berüchtigte Vereinsgesetz von 1908, das dem größten Teil der Polen die Abhaltung von Versammlungen in ihrer Muttersprache unmöglich machte.

Das Tollste ist aber doch der Ministerialerlaß von 1886, der schlankweg dekretierte, daß kein preußischer Staatsbürger mit polnischer Muttersprache irgendein Staatsamt in der Ostmark bekleiden dürfe. Wer also mit dem Makel polnischer Abstammung beladen war, war von jeder, auch der untergeordnetsten, Beamtenstellung ausgeschlossen.

Im Jahre 1815 versprach der Hohenzoller Friedrich Wilhelm III. den Polen: „Jeder von euch wird nach Maßgabe seiner Fähigkeiten zu allen öffentlichen Aemtern Zutritt haben". Und 1886 erklärt das preußische Staatsministerium — in einem geheimen Erlaß natürlich! — im Namen des Hohenzollern Wilhelm I.: „Euch Polen soll kein öffentliches Amt in eurer Heimat zugänglich sein; ihr seid ausgemerzt aus der Staatsmaschinerie, ihr seid Staatsbürger zweiter Klasse, nichts dürft ihr werden!" Und dieser Erlaß hat, wie ich zufällig sah, als ich noch im Ministerium saß, noch geraume Zeit nach der Revolution in Geltung gestanden!

Wie mußte den Leuten zumute werden, wenn sie wußten, daß sie ausschließlich regiert wurden von Beamten einer anderen Nationalität, die sie regierten wie ein unterworfenes Volk. Und diesen fremden Beamten wurde außerdem noch die sogenannte Ostmarken-Zulage zugesprochen. Wer im Osten eine Beamtenstellung bekam, erhielt dafür noch eine Extra-Zulage, mit der Motivierung, weil die Verhältnisse da nicht sehr angenehm seien, müsse man dafür eine Entschädigung bewilligen. Das war natürlich nur eine Ausrede. Man wollte in Wirklichkeit Beamte haben, die auf die Antipolenpolitik festgelegt waren. Denn sowie sie nicht ganz kuschten, riskierten sie, versetzt zu werden und damit die Ostmarkenzulage zu verlieren. Diese Zulage ist immer von polnischer wie von sozialdemokratischer Seite und früher auch von den Freisinnigen als ein Korruptionsfonds bezeichnet worden. Aber nachdem der Freisinn beim Bülowblock den großen Sündenfall getan hatte, hat er auch die Bewilligung dieser Zulagen mitgemacht, bis in die Kriegszeit hinein.

Ist es ein Wunder, wenn dieses ganze System das polnische Volk künstlich von seiner Parteizerrissenheit befreite, es zusammenschweißte, und in allen Polen den Wunsch erstehen ließ:

„wir wollen loskommen von einer Herrschaft, die uns derart behandelt"? Sie hätten ja sehr sonderbare Menschen sein müssen, wenn sie sich das alles gefallen ließen und dabei sangen: Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben? Sie sangen ihre nationalpolnischen Lieder und hofften auf den Tag, der sie von dieser Fremdherrschaft erlöste.

Es brach der Krieg aus, der Weltkrieg, der für die Polen etwas ganz besonders Tragisches hatte. Alle anderen Völker wußten oder glaubten wenigstens zu wissen, wofür sie kämpften. Die Polen aber wußten ganz genau, daß sie für eine fremde Sache zu kämpfen gezwungen waren, daß sie gezwungen waren, einen Bruderkrieg zu führen. Der eine hatte auf der russischen, ein anderer vielleicht auf der preußischen oder österreichischen Seite allernächste Verwandte: Beide waren gezwungen, aufeinander zu schießen und sich gegenseitig zu töten. Der Krieg ist eine grauenhafte Sache, aber es hat etwas die Seele in ihren tiefsten Tiefen Aufrührendes, wenn man sehen muß, wie er die Angehörigen desselben Volkes zwingt, vollkommen sinnlos ihre Nationalität gegenseitig zu zerstören.

Die Polen wurden nun bei Kriegsausbruch nicht etwa wenigstens aus taktischen Gründen von ihren Ausnahmegesetzen befreit, damit sie das Gefühl haben könnten: wir müssen zwar für Deutschland kämpfen, aber es hat uns doch endlich als gleichberechtigt anerkannt. Nein, die Ausnahmegesetze blieben bestehen, und die Ostmarkenzulage wurde vom Preußischen Landtage brav weiter bewilligt. Einzig und allein die Bestimmung im Reichsvereinsgesetz über die Sprachbeschränkung wurde im Laufe der Zeit aufgehoben, alle übrigen Ausnahmegesetze gegen die Polen blieben in Geltung.

Dann kam allerdings im November 1916 die berühmte Zweikaiserproklamation, die den Polen sozusagen die Selbständigkeit geben sollte. Den Polen? O nein, nur den Kongreßpolen. Das war keine großzügige Maßnahme, wie etwa Napoleon I. sie durchgeführt hätte, ein unabhängiges Polen zu schaffen, um die Polen auf seine Seite zu bringen. Nein, man sagte: nur Kongreßpolen soll unabhängig werden. Und man sagte es unter der stillschweigenden Voraussetzung: daß ihr euch nun aber auch einen König wählt, der uns ganz willkommen ist! Ob es ein Hohenzoller oder ein Habsburger oder auch ein Bayer oder Sachse sein sollte, darüber gingen ja die Meinungen weit auseinander.

ander. Jedenfalls sollte es ein Prinz deutschen Stammes sein. Der eigentliche Grund für die Proklamation war, daß man eine große Zahl von Rekruten für den Kampf gewinnen wollte. Man bildete sich ein, die Polen würden sich zu Hunderttausenden als Freiwillige melden, um aus Dankbarkeit für die Verleihung der nationalen Selbständigkeit sich den Mittelmächten zur Verfügung zu stellen. Die Rechnung hatte ein großes Loch — offizielle Zahlen sind darüber nie veröffentlicht worden —, nach dem, was ich gehört habe, meldeten sich etwa 3000, die Mehrzahl aber nur zum Sanitätsdienste. Es war also die Rechnung fehlgeschlagen, soweit sie dahin ging, daß die Proklamation die deutschen und österreichischen Heere um Hunderttausende guter Rekruten vermehren würde.

Als dann der Weltkrieg das bekannte Ende nahm, war es selbstverständlich, daß die Polen auf ihre Weise auszubauen versuchten, was ihnen im November 1916 zugesagt war, daß sie versuchten, aus dem ihnen in Aussicht gestellten Rumpf- und Vasallenstaat ein wirklich selbständiges und geschlossenes Reich Polen zu machen. Ganz selbstverständlich war es, daß in dem Augenblick, wo der Zusammenbruch der Mittelmächte erfolgte, die Polen in Preußen und Galizien sich sagten: jetzt schließen wir uns an unsere Brüder in Kongreßpolen an. Mit elementarer Gewalt setzte sich das in Deutschland durch. Wie wir die soziale Revolution erlebten, erlebten die Polen die nationale Revolution, gerichtet auf den Zusammenschluß aller bis dahin in drei Reichen getrennten Polen zu einem gemeinsamen Staat. In Preußen gab es in den ersten Tagen dieser Revolution in der Provinz Posen einige kleine Unruhen und Putsche. Verhältnismäßig ist damals in der Provinz sehr wenig an Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Diese ganze nationale Revolution kostete nur ganz wenig Menschenleben. Einige mißliebige Beamte, Landräte, Schulinspektoren usw. wurden außerdem abgesetzt. Aber ich kann wohl aus meiner genauen Kenntnis der Dinge sagen, daß in den meisten preußischen Provinzen mehr Beamte spontan abgesetzt worden sind, als es in den polnischen Landesteilen der Fall war. An sich wäre es erklärlich gewesen, wenn die Polen sofort verlangt hätten: wir wollen von polnischen Beamten regiert sein. Es ist das nicht geschehen. Man war verhältnismäßig sehr zurückhaltend.

Immerhin haben die damaligen Berichte aus Posen im preußischen Ministerium des Innern den Gedanken hervorgerufen, es

wäre gut, sich über die Lage an Ort und Stelle zu orientieren. Ich wurde deshalb am 20. November nach Posen geschickt mit dem Auftrage, einmal, festzustellen, wie die Lage eigentlich sei, und zweitens, von den Polen zu hören, was ihre Wünsche seien. Das war ein streng begrenzter Auftrag. Ich habe den einzigen Tag, den ich in Posen zubrachte, gründlich ausgenutzt und Konferenzen vom frühen Morgen bis zum späten Abend abgehalten. In erster Linie habe ich mich an den Oberpräsidenten und den Regierungspräsidenten gewendet. Die Herren berichteten mir, es sei in den ersten Tagen an einigen Orten etwas wild zugegangen, aber die Verhältnisse hätten sich konsolidiert, es sei Ruhe eingetreten, und einige der abgesetzten Beamten blieben auch besser dauernd von ihren Aemtern weg. Den neuen polnischen Oberbürgermeister von Posen lobte man mir deutscherseits besonders als einen verständigen und gemäßigten Mann. Ich nahm weiter teil an Sitzungen im Provinzial-Ernährungsamt, im Arbeiter- und Soldatenrat usw. Ich fand, daß Polen und Deutsche friedlich miteinander arbeiteten. Im Provinzial-Ernährungsamt waren die Deutschen in der Ueberzahl, und im Arbeiter- und Soldatenrat erklärten Deutsche und Polen übereinstimmend, daß man auf Grund der paritätischen Zusammensetzung dieser Körperschaft durchaus zusammen arbeiten könne.

Ich sprach auch mit dem Obersten Polnischen Volksrat, um hier die Wünsche der Polen kennenzulernen. Ich habe meinerseits keine Ansicht geäußert, ich habe bloß erklärt, über die künftigen Grenzen zu verhandeln habe keinen Zweck, darüber werde von der Friedenskonferenz entschieden werden. Damit waren die Polen durchaus einverstanden. Sie brachten dann ihre Wünsche vor wegen der Ausnahmegesetze und wegen der Schulfrage, insbesondere wegen der Einführung des polnischen Religionsunterrichts u. a. m. Die Hauptforderung aber war diese: „Wir wünschen, daß nicht ortsfremde Truppen hierhergeschickt werden; wenn sie geschickt werden, können wir keine Garantie übernehmen, daß die Ruhe aufrecht erhalten bleibt, denn das würde von der Bevölkerung aufgefaßt werden als ein Versuch, den alten preußischen Militarismus trotz der Revolution in Posen wiederherzustellen." Verschiedene Polen sagten mir, es würde für die Führer nicht ganz leicht sein, die national erregten polnischen Massen im Zügel zu halten. Der Oberste Polnische Volksrat müßte mit Erfolgen vor sie treten können, sonst könnte es von unten her über die Köpfe der Führer hinweg zu

ungeregelten Bewegungen kommen. Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärte, und zwar die deutschen Soldaten ganz in Uebereinstimmung mit den Polen: wir wünschen, daß nur bodenständige Truppen in der Provinz Posen verwendet werden; wir machen uns stark dafür, daß dann die Ruhe aufrecht erhalten bleibt. Schicken Sie uns fremde Truppen, so wissen wir nicht, was passiert.

Ganz kurz bevor ich abreiste, sandte mir der kommandierende General seinen Adjutanten mit der Mitteilung, er habe Nachricht bekommen, daß Truppen aus Berlin hergeschickt werden sollten. Ihre Abfahrt sei schon gemeldet. Ich möchte um jeden Preis in Berlin an maßgebender Stelle dafür sorgen, daß nicht diese fremden Truppen kämen, denn das würde nur ein unnötiges Blutvergießen im Gefolge haben.

Das war ungefähr das Letzte, was ich von maßgebender Seite hörte, als ich in Posen war.

Ich wußte: Posen ist eine unserer wichtigsten Provinzen für die Lieferung von Kartoffeln, Getreide und Zucker. Es ist nur dann Hoffnung, daß die Lieferungen weitergehen, wenn den polnischen Wünschen in bezug auf die Nichtentsendung fremder Truppen entsprochen wird, es kommt nichts mehr nach Deutschland hinein, wenn Posen mit fremden Truppen belegt wird. Das hatte der Oberste Polnische Volksrat deutlich genug erklärt. Nun war für mich unbedingt klar, daß die Lieferungen andauern müßten. Wir, die wir so wenig Nahrungsmittel hatten, mußten um jeden Preis sie von da bekommen, wo sie im Ueberfluß vorhanden waren.

Ich habe nun im Kabinett meinen Bericht erstattet, allerdings nicht etwa nach berühmten Mustern auf den Tisch geschlagen und erklärt: immer feste druff! Schickt den Kerls die fremden Truppen hin! Ich hätte ja dann in einem Teil der deutschen Presse das Lob einernten können: seht, was so ein schneidiger Kerl doch fertig kriegt! Ich sagte mir, die Situation steht für uns verzweifelt schlecht, nur auf dem Wege der Verhandlungen ist noch etwas zu erreichen. Darum wollen wir Verhandlungen führen. Die mußten zum Ziele führen, wenn wir genügend Entgegenkommen bewiesen, um uns die Lebensmittellieferungen zu sichern. Nationale Forderungen der Polen zu erfüllen, ist an sich durchaus berechtigt. Es war sogar Pflicht der neuen Regierung, alles, was an Ausnahmebestimmungen gegen die Polen noch vorhanden war, sofort aus der Welt zu schaffen.

Ich fand im Ministerium teilweise Unterstützung, teilweise Gegnerschaft. Namentlich war das Kriegsministerium das Zentrum des Widerstandes. Es erklärte immer wieder: wir müssen Truppen hinsenden, wir haben an den dort stehenden nicht genug, denn es muß auch der Transport der Truppen aus dem fernen Osten gesichert werden. Ich habe später gehört, daß diese Truppen aus Rußland gar nicht durch Posen transportiert worden sind, sondern vielmehr durch Ost- und Westpreußen, so daß diese Motivierung für die Entsendung sich nachher als unrichtig erwiesen hat. Jedenfalls gingen die Transporte ortsfremder Truppen nach der Provinz Posen dauernd vor sich. Ich bekam von dort die dringendsten Telegramme, es werde nicht innegehalten, was in Aussicht gestellt worden sei, man könne nicht garantieren, daß unter diesen Verhältnissen die Ruhe gewahrt bleiben könne. Es waren leider auch innerhalb der Regierung eine Reihe von Personen, die alles auf die Karte der Macht setzen wollten.

Man kann an sich zwei Arten der Politik einschlagen, entweder den Weg der Gewaltpolitik oder den Weg der Verständigungspolitik. In diesem Falle war ich, der ich natürlich auch grundsätzlich ein Gegner der Gewaltpolitik bin, schon deswegen gegen Gewaltpolitik, weil hinter dieser unserer Gewaltpolitik gar keine wirkliche Gewalt stand, sondern nur Drohung, nur Bluff. Wir hatten keine militärische Gewalt hier, das wußte ich ganz genau, das war mir von Offizieren, die mit ihren Mannschaften nahe Beziehungen hatten, oft erklärt worden. Die Freiwilligen, die sich meldeten, waren zum großen Teil Menschen, mit denen man keinen Staat machen konnte, Leute, die durchaus nicht das Renommee des deutschen Namens zu steigern imstande waren. Ein einsichtiger Herr aus dem Kriegsministerium hatte mir sogar direkt erklärt: „Sie können sagen, die Sendung von Truppen bedeute nichts weiter, als daß man den Polen Waffen liefere." Diese Aeußerung verwertete ich in einer Sitzung vor einem Dutzend hoher Beamter, also in einem ganz kleinen Kreise auserwählter Deutscher. Aber nach zwei Tagen mußte ich in der hakatistischen Presse lesen: „Dieser Herr v. Gerlach hat es sogar fertig gekriegt, zu erklären, die Truppensendung bedeute Waffenlieferung an die Polen!" Einer der Patentpatrioten hatte es also für seine deutsche Pflicht gehalten, jene vertrauliche Mitteilung in die Presse zu bringen, um sein Mütchen an mir zu kühlen.

Was hat sich aber gezeigt? Die Truppensendungen gingen

immer weiter, und am 27. Dezember, nachdem die Stimmung immer unangenehmer geworden war, kam es zu dem sehr peinlichen Vorfall in Posen, zu einem Putsch, hervorgerufen durch das törichte Benehmen eines deutschen Regiments, das damals, als die nationale Stimmung der Polen durch die Anwesenheit von Paderewski ohnedies erregt war, Entente-Fahnen aus den polnischen Häusern mit Gewalt herausholte und zerriß. Es fiel der berüchtigte erste Schuß. Er genügte bei der nationalen Erregung, nicht nur die Geister, sondern auch die Körper aufeinander platzen zu lassen. Es kamen blutige Zusammenstöße vor, und die Polen eroberten im Sturm den größten Teil der Provinz. Von da datiert es, daß sich der überwiegende Teil der Provinz Posen fest in der Hand der Polen befindet. Einige Wochen hindurch wurde ziemlich viel gekämpft. Dabei zeigte sich, wie recht ich gehabt hatte, vor Gewaltpolitik zu warnen, zumal wenn man keine wirkliche Macht hinter sich habe. Durch die Entsendung der erst „Heimatschutz", dann „Grenzschutz" genannten Truppen hatte man die Polen provoziert. Als aber die Truppen eingesetzt werden sollten, versagten sie zumeist. Man höre, was ein auch den Hakatisten gewiß unverdächtiges Blatt, die „Tägliche Rundschau", am 25. Februar 1919 schreibt:

„Die Nachrichten über die militärischen Eigenschaften des Grenzschutzes stimmen leider darin überein, daß der Grenzschutz alles zu wünschen übrig läßt. Man ist der Ansicht, daß höchstens 20 Prozent der Mannschaften brauchbar sind, und daß die Polen durch unsern Grenzschutz die ihnen so sehr fehlende Munition erhalten. Einerseits lassen die Deutschen bei einem ernsthaften Angriff ihr Kriegsmaterial und ihre Munition im Stich, anderseits soll ein Austausch von Munition gegen Speck zwischen polnischen und deutschen Soldaten stattfinden."

Wenn man von vornherein gegen die Entsendung dieser Speckfreiwilligen war, geriet man in gewissen Kreisen in den Geruch, daß man ein Verräter am Deutschtum sei. Leute, die eine gewisse Voraussicht haben, werden eben verketzert. Es ist viel praktischer für einen Politiker, wenn er keine Voraussicht hat, sondern sich von den Ereignissen überraschen läßt, dann behält er ein gutes Renommee.

Ich besitze eine ganze Mappe ähnlicher Aeußerungen wie die der „Täglichen Rundschau". Aber ich will nur noch den durch-

aus antipolnischen Scherlschen „Tag" anführen. Er schreibt am 21. Januar 1919:

„In Zuschriften aus dem Osten werden uns fortgesetzt Klagen über die Qualität der Grenzschutztruppen übermittelt, die z. T. weit aus dem Westen her nach den noch unbesetzten Teilen der Provinz Posen geschickt werden. Die Truppen lassen an Disziplin alles zu wünschen übrig, treten aber gegenüber den Deutschen, zu deren Schutz sie bestimmt sind, in einer Art und Weise auf, als erblickten sie in ihnen den Feind und nicht in den Polen. Bei einer Kompagnie ist es vorgekommen, daß sie nach Auszahlung der Löhnung für die erste Dekade ihre Waffen fortwarf, das Lederzeug für sich abschnitt, Patronen, Wagen voll Handgranaten usw. in der Dorfstraße stehen ließ, um mit dem nächsten Güterzug, den sie unter Drohungen anhielt, gen Westen zu „türmen". Verraten und verkauft fühlt man sich unter dem Schutz solcher Horden.

Dagegen auf der polnischen Seite, welche Disziplin und Führung! Der, wie es jetzt heißt, „verruchte" altpreußische Geist beseelt diese Leute, die sich überall glänzend schlagen."

Recht bezeichnend ist auch der Befehl, den General v. Winterfeld, Führer der IV. Infanteriedivision, unter dem 21. Februar 1919 in Schneidemühl an seine Truppen erlassen hat:

„In dem mir unterstellten Truppenteilen finden sich leider unlautere Elemente vor, welche trotz strengster Verbote sowohl bei der deutschen wie bei der polnischen Bevölkerung requirieren, plündern und die Jagd ausüben. Kein Mitglied des Heeres hat das Recht, etwas zu requirieren oder auf andere Weise gesetzwidrig mitzunehmen. Haussuchungen nach Waffen dürfen lediglich unter Aufsicht von Offizieren stattfinden. Die Ausübung der Jagd ist lediglich auf Grund der gesetzlichen Vorschriften gestattet."

Das ist der herrliche Grenzschutz. Aber er ist wenigstens nach der nationalen Seite paritätisch gestimmt, er plündert nicht nur bei den Polen, sondern auch bei den Deutschen.

Ich könnte Dutzende von Fällen anführen, in denen sich gezeigt hat, wie dieser Grenzschutz in der unerhörtesten Weise ver-

sagte. So hat mir einer der Führer der Deutschen aus Wollstein, der bei mir war, aus den Januartagen Folgendes von dort berichtet: Die Polen griffen an. Die Deutschen hatten Kavallerie, Artillerie und Infanterie, waren nicht nur in der Ueberzahl, sondern auch weit besser bewaffnet. Insbesondere hatten sie mehr Maschinengewehre und zwei Geschütze, während die Polen ganz ohne Artillerie waren. Nach kurzem Gefecht wurde zu Unterhandlungen über einen Waffenstillstand geschritten. Während der Verhandlungen kam plötzlich ein Pole in die Sitzung und flüsterte dem Führer der Polen auf polnisch etwas zu. Einer der Deutschen verstand die Aeußerung. Sie ging dahin: eben ist die deutsche Infanterie ausgerissen! Also, während die Verhandlungen stattfinden, reißt die deutsche Infanterie aus, und zwar gleich 2 km weit. Infolge davon bekommen die Polen das Uebergewicht, nehmen die Geschütze und andere deutsche Waffen, besetzen die Stadt. Die Sache ist nicht nur zu unseren Ungunsten erledigt, die Deutschen sind noch obendrein aufs ärgste bloßgestellt. Sie müssen das Gefühl haben, daß sie den Polen gegenüber in eine schmähliche Situation gebracht worden sind. Erst ruft man nach Grenzschutz, und dann, wenn es zum Klappen kommt, reißt dieser gleich 2 km weit aus!

Gewaltpolitik ohne Gewalt dahinter ist nicht bloß ein Unrecht, ist eine Dummheit ersten Ranges.

Ich habe durch meine Verhandlungen mit den Polen wenigstens das eine erzielt, daß sie, solange sie die Hoffnung haben durften, es würde ihren Wünschen Rechnung getragen werden, ihren Verpflichtungen in bezug auf die Lieferung von Lebensmitteln durchaus nachgekommen sind. Bis zum 31. Dezember ist die Provinz Posen, das hat mir das Reichsernährungsamt bestätigt, in bezug auf Kartoffeln die beste Lieferungsprovinz gewesen und hatte auch in bezug auf Getreide einen guten Durchschnitt in der Lieferung aufzuweisen. Ich habe also wenigstens erreicht, daß nach meinen ersten Verhandlungen mit den Polen die Lieferungen noch 6 Wochen flott weitergegangen sind, und wenn ich nur dieses eine Ergebnis erzielt hätte, so war meine Mission nicht vergeblich. Daß später nichts mehr geliefert worden ist, ist ja selbstverständlich; nach Ausbruch der Feindseligkeiten war die Grenze für irgendwelche Lieferungen zu uns natürlich vollkommen gesperrt.

Ich habe es für eine meiner Aufgaben gehalten, nicht mit Phrasen zu arbeiten. Es ist ja so wohlfeil, sich hinzustellen und

zu erklären: was deutsch ist, muß deutsch bleiben, kein Fuß breit deutschen Bodens wird abgetreten. Dabei ist es so töricht, denn wir haben doch die 14 Punkte des Wilsonschen Weltfriedensprogramms anerkannt, und wie man weiß, besagt Punkt 13: ein unabhängiger polnischer Staat soll aufgerichtet werden, der die von unzweifelhaft polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einzubegreifen hat, und dem ein freier Zugang zur See zugesichert wird. Wir haben also eine Reihe von Verpflichtungen übernommen; die müssen wir loyal ausführen. Es ist geradezu sinnlos, anzunehmen, daß der überwiegende Teil der Provinz Posen aus Liebe zu uns bei uns bleiben wird. Ich habe den Polen in Posen bei meinen Verhandlungen mit ihnen gesagt, es würde wenig Zweck haben, uns über die Grenzen zu unterhalten, darüber werde die Friedenskonferenz entscheiden. Ich habe aber den Posener Deutschen gegenüber nie ein Hehl daraus gemacht, daß der größere Teil der Provinz nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker voraussichtlich zu Polen gehören werde. Das hat so viele Hakatisten ja in so sinnlose Wut gegen mich versetzt, daß ich die Deutschen nicht mit Phrasen geködert und gefüttert habe, sondern daß ich auf dem Standpunkt stand, daß wir loyal die Konsequenzen unserer Anerkennung der Wilsonschen Forderungen ziehen müßten.

Von diesem Standpunkt aus konnte ich mich aber auch um so besser wehren gegen Ansprüche übertriebener Art, die die polnischen Imperialisten erheben. Die gibt es natürlich auch. Ich habe nie gesagt, die Polen seien lauter brave Leute, die nichts Unrechtes von uns wollen. Ihre Imperialisten wollen auch überwiegend von Deutschen bevölkertes Land, das historisch irgendwann einmal zu ihnen gehört hat. Ich dagegen sage: entscheidend ist das lebendige Volk, entscheidend ist das ethnographische Moment. Das ist der einzig korrekte Standpunkt, auf Grund dessen wir auch mit Erfolg den Kampf um Danzig führen können. Danzig ist eine ganz deutsche Stadt mit höchstens 3 Prozent polnischer Bevölkerung. Wir haben den Polen den freien Zugang zum Meere zugesichert. Wir hätten diese ganze Frage nicht zu dem furchtbaren Konfliktsstoff, der daraus allmählich geworden ist, sich auswachsen sehen, wenn wir sofort erklärt hätten: wir verpflichten uns, den Polen in Danzig einen Freihafen einzuräumen und ihnen eine Bahnverbindung und die Weichselschiffahrt in der Form sicherzustellen, daß eine deutsch-polnische Kommission diese Zufuhrwege kontrolliert. Damit hätten wir den deutschen

Interessen nichts vergeben und der Stadt Danzig und den Danzigern einen großen Gefallen getan. Danzig könnte einen ungeheuren Aufschwung nehmen. Dabei bliebe es deutsch, und doch hätten die Polen, was sie wünschen und fordern mußten, den freien, durch Zölle usw. nicht behinderten Zugang zum Meer.

Alles das ist nicht geschehen, wenigstens nicht rechtzeitig. Statt sofort den Polen die Konzessionen für Danzig zu machen, die ihnen zukommen, hat die Regierung immer nur in hakatistischen Phrasen geschwelgt. So steht auch über der Danziger Frage wie bei so vielen Schritten nach dem 9. November das so oft und leider nur zu berechtigt angewendete verhängnisvolle Wort „Zu spät!" Man macht Konzessionen, aber immer zu spät, anscheinend nur widerwillig und gezwungen, und deshalb ohne moralische Wirkung.

Man hat sich wiederholt auf den törichten Standpunkt gestellt: mit den Polen verhandeln wir nicht, das sind Hochverräter. Eine derartige Auffassung ist ganz besonders merkwürdig, wenn sie vertreten wird von Personen, die nur zur Macht gelangt sind durch das, was ihre Gegner von rechts Hochverrat nennen. Der Unterschied zwischen ihnen und den Polen ist nur der: die einen haben aus sozialen, die andern aus nationalen Gründen Revolution gemacht. Es geht nicht an, die eine Revolution zu feiern, die andre als zuchthauswürdiges Verbrechen anzusehen.

Als ich wegen meiner Differenzen in der Auffassung über die Polenfrage mit dem Kabinett, das nach dem Ausscheiden der Unabhängigen ganz den Verständigungsgedanken aufgegeben hatte, das polnische Ressort niederlegte, wurde mein Nachfolger in der Leitung der Verhandlungen mit den Polen der Unterstaatssekretär Heinrichs, ein ganz reaktionärer Beamter ältesten Stils. Und in den Sitzungen, die über die Polenfrage entschieden, war manchmal nicht ein einziger Beamter des neuen Regimes zugegen, sondern lauter alte Beamte aus der Zeit der Gewaltpolitik. Und diese alte Politik wurde z. T. fortgesetzt in einer unglaublichen Weise, so daß man sich an den Kopf faßt und fragt: wie ist das möglich? Wir haben endlich mit dem schmählichen preußischen Dreiklassenwahlunrecht auch in den Gemeinden Schicht gemacht. Es erging die Verordnung, die das gleiche Wahlrecht allen preußischen Gemeindeangehörigen gab. Aber diese Verordnung wurde gleich nach ihrem Erlaß für den Regierungsbezirk Oppeln und für die Provinzen Posen und Westpreußen vorläufig außer Kraft gesetzt! Warum? Weil

„Wahlen in national gemischten Gegenden Anlaß zu Konflikten geben könnten". Das ist natürlich lächerlich, und daß es lächerlich ist, kann man durch Tatsachen beweisen.

Der Oberste Polnische Volksrat ist Anfang Dezember gewählt worden. Als die Wahlen im November ohne Angabe des Termins angekündigt wurden, hieß es bei den deutschen Behörden, sie dürften auf keinen Fall stattfinden. Man müsse dagegen einschreiten, es würde sonst blutige Zusammenstöße geben. Im Dezember hatten wir eine Konferenz im Ministerium in Berlin. Einer der Regierungsvertreter kam auf diese Wahlfrage zu sprechen, die auch noch erledigt werden müsse. Da erhob sich lächelnd ein Vertreter des Polnischen Volksrats und sagte: „Wegen der Frage der Wahlen kann ich Sie beruhigen, die haben am letzten Sonntag stattgefunden." Da hatten die braven preußischen Behörden also gar nicht gemerkt, daß die Polen gewählt hatten.

Tatsächlich hat man die Wahlen natürlich deshalb verboten, weil man Angst hatte, es würde eine Reihe von Orten eine überwiegend polnische Vertretung bekommen. Aus reiner nationalistischer Angst also ist das Verbot in Wirklichkeit ergangen. Muß es die Polen nicht aufreizen, wenn man sonst dem ganzen Lande das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Personen beiderlei Geschlechts über 20 Jahre gibt, es aber gleichzeitig den Polen in der Ostmark vorenthält? Wir haben es da immer noch mit einem Rest nationalistischer Politik, mit einer Erbschaft des alten Regimes zu tun; man kann der alten Sünden nicht los und ledig werden.

Im April hat der deutsche Ernährungsminister gesagt, es stünden uns kartoffellose Wochen bevor. Das ist ein grauenhafter Gedanke für die ärmere Bevölkerung, die schon mit den elenden 5 oder 3 Pfund pro Kopf und Woche nicht auskommen kann. In der Ostmark aber ist ein Ueberschuß von Millionen von Zentnern Kartoffeln vorhanden.

Als ich Mitte Dezember 1918 zum zweiten Male in Posen war, wurde von maßgebender polnischer Seite der Vorschlag gemacht, Posen solle seinen Ueberschuß an Kartoffeln an Oberschlesien abgeben und dafür von dort Kohlen erhalten. Ich formulierte im Einverständnis mit den Polen das Abkommen folgendermaßen:

Posen erfüllt zunächst die ihm vom Reichsernährungsamt auferlegten Verpflichtungen zur Ablieferung von Kartoffeln an das

Deutsche Reich. Was es darüber hinaus abgeben kann, schickt es nach Oberschlesien. Zug um Zug erhält es dafür von dort Kohlen. Aber Oberschlesien darf nur soweit Kohlen nach Posen senden, als es mehr Kohle fördert, als die Durchschnittsförderung der letzten Monate beträgt.

Wenn ein solches Abkommen zustande kam, so wurden mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen: wir erhielten die uns zustehenden Kartoffeln aus Posen, unser Oberschlesien wurde mit Extragaben an Kartoffeln erfreut, die oberschlesischen Bergleute bekamen einen starken Anreiz, die Kohlenförderung nicht durch Streiks zu stören.

Ich habe den Vorschlag an die zuständige Stelle geleitet, aber nie etwas davon bemerkt, daß man ihm ernstlich nähergetreten wäre. Die elende „Prestige"politik hat anscheinend auch hier verhindert, daß rechtzeitig mit den „Rebellen" eine vernünftige Vereinbarung erzielt wurde. Dieselbe Prestigepolitik, die im Februar sonst sehr aussichtsreiche Verhandlungen mit den Polen daran scheitern ließ, daß wir den Polen erklärten: Ehe wir mit euch ein Abkommen über Geiselnaustausch, Demarkationslinie, Waffenstillstand usw. schließen, müßt ihr zuvor samt und sonders in Posen die Waffen niederlegen!

Die Entente hat uns gezwungen, den Waffenstillstand zu schließen. Sie hat die Demarkationslinie festgesetzt — viel ungünstiger für uns, als wir sie bei freier Vereinbarung mit den Polen hätten haben können. Sie hat das Kartoffelabkommen zustande gebracht — aber erst im Mai, nachdem wir 4 Monate hindurch die polnischen Kartoffeln entbehrt haben, und unter schlechteren Bedingungen, als wir sie im Dezember haben konnten. Unser „Prestige" duldete nicht verhältnismäßig günstige Vereinbarungen mit den Polen. Deshalb mußten wir uns zu ungünstigeren Abmachungen durch die Entente nötigen lassen.

Zusammengebrochen ist die deutsche Polenpolitik, wie erwartet werden mußte, in dem Augenblick, wo wir die Macht nicht mehr hatten, unsere Position mit Waffengewalt zu behaupten, was ein Jahrhundert lang gelungen war; in dem Augenblick, wo die anderen die Mächtigeren wurden. Darum Verständigung! Sonst kommt man nie aus der Verhetzung der Völker heraus. Darum gilt für mich in bezug auf die Polenpolitik dasselbe wie für die Politik überhaupt: Schluß mit der Gewaltpolitik! Auf Jahrzehnte und Jahrhunderte

hinaus werden wir uns mit den Polen, unseren Nachbarn, einrichten müssen, wir sind aufeinander angewiesen, der Handelsverkehr muß gepflegt und entwickelt werden mit aller Kraft, ein friedliches Zusammenleben muß ermöglicht werden. Da darf man nicht zu Werke gehen mit dem Gedanken: bei der nächsten Gelegenheit Revanche genommen, losgepaukt, zugesehen, wer der Stärkere sein wird! Nein, Verständigung! Auch die Polen sind nicht die reinen Unschuldsengel. Wer mehr gesündigt hat seit den Novembertagen, ob wir oder die Polen, ist außerordentlich schwer zu sagen. Das Anklagematerial auf beiden Seiten ist groß. Erst ein unparteiischer, neutraler Gerichtshof würde darüber entscheiden können. Nur eins belastet unser deutches Konto sicher mehr: die Politik der letzten Jahrzehnte, daß wir die Saat der Erbitterung in die polnischen Herzen hineingesät haben, daß unsere Gesetzgebung den nationalen Haß bei den Polen emporpeitschen mußte.

Die deutsche Politik hat schwer gesündigt; aber mit dem künftigen Polen soll Deutschland friedlich zusammenleben. Die Grenze, die die Friedenskonferenz nach Wilsons Grundsätzen ziehen wird, soll unverrückbar anerkannt werden, und an dieser Grenze wollen wir die Kultur- und Wirtschaftsgüter austauschen und versuchen, jeder in Anerkennung der großen Eigenschaften des andern, in Zukunft miteinander auszukommen. Die Vergangenheit war grauenhaft und schuldbeladen; arbeiten wir statt für eine Zukunft der Völkerverhetzung für eine Zukunft der Völkerverständigung, für eine Zukunft des Rechts und der Gerechtigkeit!

UB Mstr

Auszug aus dem Programm des Bundes Neues Vaterland.

Der Bund umfaßt folgende Arbeitsgebiete:

1. **Mitarbeit an der Verwirklichung des Sozialismus** durch wissenschaftliche und propagandistische Arbeit etwa im Sinne der Londoner Gesellschaft der Fabier und vorbereitende Mitwirkung an der Durchführung organisatorischer Maßnahmen der öffentlichen Gewalten unter Heranziehung von Fachleuten.

2. **Kampf für die Abschaffung jeder Gewalt- und Klassenherrschaft,** Kampf für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit durch Einflußnahme auf Presse, Parteien und Regierungen.

3. **Kultur der Persönlichkeit** durch Pflege aller geistigen und sittlichen Entwicklungsmöglichkeiten des Einzelnen unter gleichzeitiger Betonung des Gemeinschaftsinteresses.

4. **Mitarbeit an der Völkerversöhnung,** insbesondere durch Zusammenarbeit mit ähnlich gerichteten Organisationen des Auslandes; Abschaffung der Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung der Völker.

Diesem vierfachen Zwecke des Bundes liegt folgende Auffassung des politischen Lebens und sozialen Geschehens zugrunde.

Das Ziel aller Kultur erblicken wir in der freien Entfaltung der Persönlichkeit jedes Volksgenossen und in dessen Höherentwicklung auf der Grundlage wahrhafter geistiger und sittlicher Kultur. Voraussetzung hierfür ist die politische Freiheit und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Individuums und somit die Gleichheit der gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen. Politische Freiheit und Gleichheit aber sind das Wesen der Demokratie, während wirtschaftliche Unabhängigkeit im Sozialismus ihre Erfüllung findet. Daher gilt es, durch Verschmelzung von Demokratie und Sozialismus die Voraussetzungen für den Neuaufbau der Gesellschaft zu schaffen, die unter der Herrschaft des militaristisch-bürokratischen und kapitalistischen Systems zusammengebrochen ist.

Da alle Kulturvölker, wie der Krieg besonders deutlich gezeigt hat, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in allen anderen kulturellen Beziehungen eine große auf Gegenseitigkeit begründete Gemeinschaft bilden, so muß den Forderungen des Sozialismus und der Demokratie bei allen Völkern Geltung verschafft werden. Hieraus ergibt sich für jedes Volk die Notwendigkeit einer Welt-Kultur-Politik, die von der Idee des Internationalismus ausgehend, über die Schaffung des Völkerfriedens hinaus zu einer Völkervereinigung führt. In gemeinsamer Arbeit der Kulturvölker soll der Sieg des Rechtes über die Gewalt in allen menschlichen Beziehungen verwirklicht werden.

Hauptgesichtspunkt für alle Forderungen ist dem Bunde die Herstellung des bestmöglichen Gleichgewichts zwischen dem Interesse des Einzelnen und dem der Gesamtheit. Aber auch die besten Gesetze eines Volksstaates bieten keine Gewähr, daß die Wohlfahrt und Freiheit des Volkes geschützt bleiben, ebenso wie kein Völkerbund und keine Internationale eine Sicherheit für den Weltfrieden bieten, wenn sie nicht fest in den Hirnen und Herzen aller Menschen verankert sind. Deshalb brauchen wir vor allem eine geistige Revolution, damit die Errungenschaften der politischen Umwälzung festgehalten und immer weiter ausgebaut werden können.

Das ausführliche Programm versendet auf Wunsch die Geschäftsstelle.

Bund Neues Vaterland.
Berlin W. 62, Kurfürstenstr. 125.